

Israel ist nach dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober nicht mehr wie vorher. Die brutalen Gewaltexzesse, die Folter, die Vergewaltigungen und die Ermordung von Männern und Frauen, von Alten und Babys lassen die historischen Wunden von Pogromen und Shoah wieder aufklaffen.

Gaza ist nach dem Gegenschlag der israelischen Armee nicht mehr wie vorher. Es ist ungewiss, ob die zerstörten Ortschaften jemals wieder bewohnbar sein werden. Das unfassbare Elend der Verletzten, der Flüchtlinge und die Trauer um die zahlreichen zivilen Opfer werden zweifellos noch lange andauern.

Nur eins bleibt, wie es ist: die aussichtslose Sturheit, mit der hierzulande über Israel und Palästina gestritten wird. Wer die Hoffnung hatte, dass das allumfassende Entsetzen über die Situation vor Ort eine neue Dynamik in die Debatte bringen würde, hat sich geirrt. Die Bereitschaft, eigene ideologische Festlegungen infrage zu stellen? Fehlanzeige. Wie auf Kommando springen die Israel-Fans ihrer Mannschaft beiseite. Die Palästina-Ultras tun dasselbe für ihr Team. Wer in den vergangenen Wochen die Debatte verfolgt hat, kann den Eindruck nicht loswerden, dass es nur selten um die Analyse der Situation in Gaza geht, um die Suche nach echten Lösungen. Stattdessen geht es vielen der „Israelfreunde“ und „Palästinafreunde“ darum, die angeblich einzig mögliche moralische Position für sich zu beanspruchen. Da bei uns (glücklicherweise) nicht mit Waffen, sondern mit Worten gekämpft wird, befindet sich das Schlachtfeld in Talkshows, Zeitungen und sozialen Medien.

Heilige moralische Vehemenz löst noch keine Konflikte

Es ist wenig verwunderlich, dass schnell nach dem 7. Oktober jede Seite bereits exakt eine Lösung parat hatte. Im Pro-Israel-Lager lautete die Forderung: Krieg bis zur Zerstörung der Hamas und die Freilassung aller israelischen Geiseln. Im Pro-Palästina-Lager wurde hingegen sofort nach einem Waffenstillstand („Ceasefire now“) verlangt, sogar noch bevor die israelische Bodenoffensive gestartet wurde. Beide Positionen werden als absolut gesetzt und mit heiliger moralischer Vehemenz eingefordert, als ob ihre Erfüllung allein der Schlüssel zur Lösung des Konflikts sei.

Dabei ignoriert die erste Forderung, dass die Hamas nicht vollständig ausgelöscht werden kann – so weit ist sich die überwiegende Mehrheit der Sicherheitsexperten einig. Die zweite Forderung nach sofortigem und bedingungslosem Waffenstillstand greift wiederum ebenfalls zu kurz. Denn die einfache Frage, wie Israel auf das Massaker der Hamas hätte reagieren sollen, bleibt unbeantwortet.

Auch ein erfahrener Moderator wie Markus Lanz schien zu verzweifeln, als

Der Tag danach

Auch wenn Netanjahu und die Hamas es nicht wollen – es gibt einen Weg zum Frieden: die Zwei-Staaten-Lösung.

Die Bundesregierung sollte die Initiative ergreifen

Von Meron Mendel

sein Gast, die Publizistin Khola Hübsch, dieser Frage hartnäckig auswich. „Ich frag jetzt das dritte Mal!“, ermahnte er sie: „Wie hätte Israel sich verhalten sollen?“ „Abwarten“, lautete dann endlich Hübschs Antwort, „das wäre eine Lösung.“ In anderen Worten sagen die Befürworter dieser Position: Das Sicherheitsbedürfnis der Israelis zählt für uns nicht.

Es ist ein Trauerspiel. Hier agieren alle nur auf Sicht. Auf beiden Seiten fehlt eine Vision für den Tag danach. Denn die Frage der Fortsetzung des Krieges oder des Waffenstillstands hängt unmittelbar damit zusammen, was die politische Vision für Gaza und die Westbank ist.

Vermutlich ist es kein Zufall, dass es keine Diskussion über die politischen Ziele des Krieges gibt – weder in Israel noch außerhalb des Landes. In der Vergangenheit hat Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die innere Spaltung der Palästinenser zwischen Gaza und der Westbank immer wieder neu bestärkt, um die mögliche Gründung eines palästinensischen Staats zu verhindern. Es ist ein offenes Geheimnis, dass seine ultranationalistische Regierung eine Ein-Staaten-Lösung nur für Juden durchsetzen will. Die Hamas und ihre Unterstützer wiederum sind ebenfalls für eine Ein-Staaten-Lösung – allerdings nur für die Palästinenser. Diese Ideologie wird auch auf deutschen Straßen mit dem Ruf „From the River to the Sea“ propagiert.

Eine demokratisch-liberale Vorstellung einer Ein-Staaten-Lösung, in der alle Bürger unabhängig von ihrer Nationalität und Religionszugehörigkeit gemeinsam die Schweiz im Nahen Osten aufbauen sollen – diese Vision wird sowohl von Palästinensern als auch von jüdischen Israelis überwiegend abgelehnt. Die Menschen denken dabei weniger an das erfolgreiche Mehrvölkerstaatsmodell der Schweiz, sondern an den gescheiterten Nachbarstaat Libanon. Dort bekämpfen sich die unterschiedlichen ethnischen Gruppen seit mehr als fünf Jahrzehnten.

Gerade weil Netanjahu und seine ultranationalistischen Verbündeten wissen, dass die Zwei-Staaten-Lösung die einzig reale Option ist, tun sie alles, um sie zu verhindern. Gleich zu Kriegsbeginn schloss Netanjahu die mögliche Verantwortungsübernahme durch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) in Gaza aus. Es ist offensichtlich, dass weder Netanjahu

noch die Hamas Interesse daran haben, über politische Lösungen zu diskutieren. Doch tiefgehende Krisen bergen das Potenzial zum Umdenken und für den Umbruch.

Genau jetzt ist die Zeit, sich erneut für die Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen und eine neue Roadmap für die Gründung eines palästinensischen Staates zu erarbeiten. Die Tatsache, dass Israel aktuell politisch und militärisch abhängig von seinen Verbündeten USA und Europa ist, kann als Chance begriffen werden: Die Rückendeckung für das militärische Vorgehen Israels darf kein Blankoscheck sein. Sie muss an einen politischen Plan für den Tag danach geknüpft sein.

„Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“

Nach dem Gespräch mit dem israelischen Oppositionsführer Jair Lapid in Berlin vergangene Woche betonte Außenministerin Annalena Baerbock, dass „ein Frieden, der trägt“, nur über eine Zwei-Staaten-Lösung möglich sei. Gerade eine Bundesregierung, die ihre Verpflichtung zur Sicherheit Israels bereits in der Koalitionsvereinbarung festgelegt hat, sollte jetzt die politische Initiative ergreifen. Die Palästinenser haben die routinierten Lippenbekenntnisse für eine Zwei-Staaten-Lösung in eine Art Fatigue-Zustand versetzt. Es braucht Handeln – etwa in Form einer internationalen Konferenz unter der Beteiligung der USA, der EU und gemäßigter arabischer Staaten.

Zugegeben: Es ist eine riskante Angelegenheit. Mit dem fast neunzigjährigen Mahmud Abbas an der Spitze und einem wachsenden Korruptionsproblem ist die PA alles andere als ein Traumpartner für den Frieden. Eine Erneuerung der Autonomiebehörde wäre jedoch erst möglich, wenn die internationale Gemeinschaft den Palästinensern einen souveränen Staat in Aussicht stellen würde. „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist“, sagte einst David Ben-Gurion. Der Staatsgründer Israels wusste wohl, wovon er sprach.

Meron Mendel ist Direktor der Bildungsstätte Anne Frank und Professor für transnationale Soziale Arbeit an der Frankfurt University of Applied Sciences.